

Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände



Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände · Hausvogteiplatz 1, 10117 Berlin

13.07.2016/Jo

Bearbeitet von
Andrea Vontz-Lieseberg

Telefon 0221/3771-260
Telefax 0221/3771-409

E-Mail:
andrea.vontz@staedtetag.de

Aktenzeichen
53.14.07 D

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Heil- und Hilfsmittelversorgung (Heil- und Hilfsmittelversorgungsgesetz – HHVG)

Sehr geehrte Damen und Herren.

vielen Dank für die Übersendung des o.g. Referentenentwurfs mit der Gelegenheit zur Stellungnahme.

Im Kontext des vorliegenden Referentenentwurfs möchten wir darauf hinweisen, dass eine Aussage zu der Frage, wer für ein im Krankenhaus verordnetes Hilfsmittel kostenpflichtig ist, das der Patient bei seiner Entlassung mit nach Hause nimmt, im Entwurf bislang fehlt. Wir möchten Sie bitten, eine entsprechend klarstellende Aussage dahingehend aufzunehmen, dass für derartige Hilfsmittel die Krankenkassen und nicht die Krankenhäuser kostenpflichtig sind.

Hintergrund für diese Bitte ist, dass derzeit einzelne Krankenkassen gegenüber Krankenhäusern die Übernahme der Kosten für Hilfsmittel, die während eines Krankenhausaufenthaltes verordnet und dem Patienten bei der Entlassung für den Gebrauch in deren häuslicher Umgebung mitgegeben werden, verweigern. Dies gilt beispielsweise für Schienen, die für den Patienten individuell angepasst wurden und in deren Gebrauch der Patient im Krankenhaus vor der Entlastung eingewiesen und trainiert wurde, um diese in seiner häuslichen Umgebung nutzen zu können.

Hier würde eine rechtliche Klarstellung im o.g. Sinne hilfreich sein und Auseinandersetzungen zwischen Krankenhäusern und Krankenkassen vermeiden. Daher bitten wir nochmals ausdrücklich um Aufnahme einer entsprechenden Regelung in den o.g. Gesetzentwurf.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung



Verena Göppert
Ständige Stellvertreterin
des Hauptgeschäftsführers
des Deutschen Städtetages



Jörg Freese
Beigeordneter
des Deutschen Landkreistages



Uwe Lübking
Beigeordneter
des Deutschen Städte- und Gemeindebundes